

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M.
(davon 27 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Polizei-Nr. 3.87 M. einschließlich 90 Pf.
Verwaltungs- und 72 Pf. Polizeibeleg-
gaben. Zustandsabonnement 6,65 M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Drucklohnpreis 4,65 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“ „Mittwerts“ Sonntagsbeilage
„Welt und Reich“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die statist. Mittelmessung 80 Pf.
Kleinanzeigen 2-30 „Kleine An-
zeigen“ das fertige Wort 20 Pf.
zusätzlich zwei fertige Wörter jedes
weitere Wort 10 Pf. Rabatt 10. April
Worte über 15 Buchstaben zählen für
zwei Worte. Arbeitsmarkt Mittelmessung
25 Pf. Familienangelegenheiten
Mittelmessung 16 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Lindenstraße 3
wöchentlich von 9 1/2 bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der Ab-
lehnung nicht annehmbarer Anzeigen vor!

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Rechn.-Kont. Döbner (A 7) 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Verlagskonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3 Dr. S. u. Dir. -Ges., Depositent., Zentralbanker Str. 65-66

Wer regiert im Reich?

Heute Unterredung Brüning's mit dem Reichspräsidenten. Vor entscheidenden Beschlüssen.

Der Reichskanzler wird heute gegen mittag die vorgezeichnete Unterredung mit dem Reichspräsidenten haben. In dieser Unterredung soll Klarheit über den künftigen Kurs der Reichsgewalt geschaffen werden.

Der Reichskanzler hat gestern abend vor der ausländischen Presse es weit von sich gewiesen, daß die Reichsregierung sich mit Fragen alten politischen Stiles beschäftigen werde.

„Wenn man die Presse glauben schenken soll, so hat es den Anschein, als wenn wir uns neben den großen Schicksalsfragen der Welt, die in die Stichworte „Abrüstung, Reparationen und Wirtschaftskrise“ sich zusammenfassen lassen, in Deutschland im wesentlichen mit ministeriellen Personalfragen, mit Fragen des Regierungssystems, Regierungskrisen und ähnlichen Dingen beschäftigen. Das mag in gewissen Kreisen der Fall sein. Für die Reichsregierung selbst trifft es nicht zu. Wir wären glücklich — ich sage das ganz offen — wenn wir keine anderen Sorgen hätten als derartige Fragen alten politischen Stiles, die in der jetzigen Zeit schon etwas „Museumsgeschick“ an sich tragen. Nein, meine Damen und Herren, wir haben andere und vordringlichere Sorgen. Das fundamentale Problem, das uns — fast wörtlich genommen — Tag und Nacht beschäftigt, ist das Problem der Arbeitslosen.“

Das ist eine treffliche Abweisung aller Krisenmacher — aber leider scheint es, daß die „gewissen Kreise“, die sich mit den Fragen alten politischen Stiles beschäftigen, viel stärker sind, als es nach dieser Rede des Reichskanzlers erscheinen könnte, und daß sie die Reichsregierung und den Reichskanzler zwingen, sich im wesentlichen mit diesen Fragen zu beschäftigen.

Denn wer ist die Reichsregierung? Die Antwort auf diese Frage sollen wir nach der entscheidenden Unterredung des Reichskanzlers mit dem Reichspräsidenten erhalten. Heute besitzt die Reichsregierung einen Innenminister auf täglichem Abruf, keinen Wehrminister, keinen Wirtschaftsminister, und ihr Bestand wie ihr Kurs sind in Frage gestellt durch Kräfte, die der Tendenz nach bekannt sind, die im übrigen aber auf dunklen Wegen wirken und sich jeder Verantwortung entziehen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Unterredung mit dem Reichspräsidenten der Feststellung dienen soll, ob Kanzler und Präsident weiter den bisherigen Kurs zusammen steuern können, oder ob der Präsident an Kurswechsel denkt.

Es ist ein ebenso offenes Geheimnis, daß die Ernennung Groeners zum Innenminister völlig in Frage steht, so sehr, daß schon ganz offen die Namen der Männer genannt werden, die für seine Nachfolge in Aussicht genommen worden sind, neben Herrn Goerdeler vor allem Männer aus Ostpreußen, die zu den großagrariischen Kreisen zählen. Mit wachster Aufmerksamkeit wird die Frage der Besetzung des Innenministeriums beobachtet werden müssen, und der Kurs, den der neue Mann hält!

Es ist ferner bekannt, und die Zentrumspresse stellt es mit größter Erregung fest, daß Großagrarien und Großindustrielle Sturm laufen gegen Stegerwald, daß sie einen Kurswechsel gegen die Sozialpolitik herbeiführen, zu diesem Zweck Wirtschaftsministerium und Arbeitsministerium zusammengesetzt haben wollen.

Schließlich wird versichert, daß die alte Harzburger Front sich wieder zusammengefunden habe, um abermals den Versuch zu unternehmen, Brüning zu stürzen, diesmal nicht auf offenen, kontrollierbaren parlamentarischen Wegen, sondern auf dunklen, unkontrollierbaren außerparlamentarischen Wegen. Wir versagen es uns, die tollen Ministerlisten wiederzugeben, die ihre Wünsche bezeichnen und die kolportiert werden.

Fest steht, daß die gewissen Kreise stärker sind als zuvor, und um so stärker, je unkontrollierbarer ihr Einfluß ist. Schroffer Kurswechsel in der Innenpolitik und in der Sozialpolitik ist ihr Ziel. Es ist kein Zweifel, daß der Kurswechsel das Ende der Regierung Brüning sein würde!

So lautet tatsächlich heute die entscheidende Frage: Wer ist die Reichsregierung?

Die Unterredung des Kanzlers mit dem Präsidenten muß diese Frage klären! Der Ansturm der „gewissen Kreise“, der auf außerparlamentarischen Wegen wirkenden Reaktion ist so stark, daß er die verfassungsmäßigen Verhältnisse gerührt hat. Es muß volle Klarheit geschaffen werden, wer in Deutschland regiert, Klarheit vor dem Inland wie vor dem Ausland, vor Lausanne und nach Lausanne auf längere Zeit.

Es muß Klarheit darüber geschaffen werden, daß die Führung der Politik beim Reichskanzler liegt, und daß ihm nicht irgendwelche Reichswehrgenerale,

ostpreussische Grundbesitzer oder Ruhrindustrielle dabei in die Quere kommen!

Die Entscheidung, die heute mit der Unterredung zwischen Kanzler und Präsident eingeleitet wird, ist von größter Bedeutung. Sie geht darum, ob es den Kräften der Reaktion gelingt, auf dem Höhepunkt der Not den Kurs offen nach dem Willen der sozialen und politischen Reaktion zu bestimmen, und die klaren verfassungsmäßigen Regierungsverhältnisse im Reich zu zerstören!

Die sozialdemokratische Partei wird mit wachster Aufmerksamkeit die Entwicklung verfolgen und alsbald ihre Entschlüsse fassen!

Mahnung in letzter Stunde!

ADGB. und AfA-Bund zu den geplanten Notverordnungen.

Die Vorstände des ADGB. und des AfA-Bundes haben in gemeinsamer Beratung nochmals zu der bevorstehenden Notverordnung Stellung genommen.

In der Besprechung der Gewerkschaften am 18. Mai mit der Reichsregierung hatten sie bereits die Notwendigkeit betont, die Arbeitslosenversicherung ihrer Art und ihrem Umfang nach zu erhalten und besonders vor den Plänen gewarnt, eine Bedürftigkeitsprüfung einzuführen oder die Leistungen nach Höhe und Dauer herabzusetzen.

Sie hatten ferner die Zusammenlegung von Krisenunterstützung und Wohlfahrtsunterstützung empfohlen, gegen die drohenden neuen Verschlechterungen der Invaliden- und Angestelltenversicherung Bewahrung eingelegt, wie sie sich überhaupt gegen jeden Abbau der Sozialversicherung wehrten. Mit größter Eindringlichkeit hatten sie dagegen die

alsbaldige Einleitung einer umfassenden Arbeitsbeschaffung

als das einzige Mittel gefordert, um der gegenwärtigen Not erfolgreich zu begegnen.

Die Regierung konnte damals nur ungenügende Zusicherungen geben, da das Kabinett seine Beratungen noch nicht abgeschlossen habe. Immerhin bestünde innerhalb der Regierung Einigkeit über die Frage der Arbeitsbeschaffung. Daher sollte die beabsichtigte Prämienanleihe alsbald aufgelegt werden.

Dieses Versprechen ist bisher nicht erfüllt worden.

Da über die Sanierung des Sozialtats und der Gemeinden vom Kabinett noch nicht entschieden worden ist, fordern die Vorstände des ADGB. und des AfA-Bundes die Regierung nochmals auf, den gemerkschaftlichen Warnungen Rechnung zu tragen und insbesondere die Arbeitsbeschaffungsanleihe unverzüglich aufzulegen.

Inzwischen hat die Presse über die Absicht der Regierung berichtet, eine Beschäftigungssteuer einzuführen. Die Gewerkschaften halten es für eine selbstverständliche Pflicht aller derjenigen, denen genügendes Einkommen und Besitz vergönnt ist, einen angemessenen Beitrag für ihre arbeitslosen Volksgenossen zu leisten. Aber sie warnen vor allen Plänen, eine unsoziale Trennung der Einkommen je nach ihrer Herkunft vorzunehmen, wie es bereits bei der Einführung der Krisensteuer geschah. Sie lehnen insbesondere den Gedanken ab, eine Beschäftigungssteuer allen Arbeitnehmern ohne Rücksicht auf eine untere wirtschaftlich tragbare Grenze des Arbeitseinkommens aufzuerlegen. Zur Behebung der gegenwärtigen Finanznot des Reiches wie zur

Sicherstellung der Mittel für seine sozialen Verpflichtungen muß

ein prozentual festzusetzender Anteil als Notopfer aller Steuerpflichtigen

aus Besitz und Einkommen erhoben werden. Bei jeder anderen Regelung würde einmal der Steuerertrag nicht die erforderliche Höhe erreichen, zum anderen eine nur allzu gerechtfertigte Verbitterung der Belasteten gegen die Bevorrechteten Platz greifen und damit die Spannungen innerhalb unseres Volkes abermals verschärfen.

Die Gewerkschaften haben die gleichmäßige und gerechte Verteilung der Arbeit durch die

Einführung der 40-Stunden-Woche

gefordert. Sie lehnen weiterhin jegliche neue Belastung der Arbeitslosen durch Kürzung ihrer Versorgung ab und verlangen eine umfassende Arbeitsbeschaffung, um die Arbeitslosen aus der Hoffnungslosigkeit ihres Daseins zu befreien.

Zum Dritten Reich?

Die Verantwortung der Reichsgewalt.

„Die Geburtsanzeige des Dritten Reiches“ — so hat die „Kölnische Volkszeitung“ die wüste und abstoßende Schlägerei im Preussischen Landtag genannt. Das Wort ist ein Signal und eine Warnung an alle, die sich mit den Nationalsozialisten einlassen wollen. Der Ausbruch der Rohheit und des Schlägertums war die Quittung, die die Nationalsozialisten prompt dafür erteilt haben, daß der Nationalsozialist Keri mit Hilfe des Zentrums zum Präsidenten des Landtags gewählt worden ist. Auf solchem Wege rutscht man ab — bis ins Dritte Reich!

Diese Landtagsschlägerei ist ein Glied in der Kette der Rohheitszesse nationalsozialistischer Abgeordneter in der letzten Zeit. Es begann mit dem Ueberfall des Reichstagsabgeordneten Ley auf Otto Bels, dann schloß sich würdig der feige und rohe Ueberfall der Heines und Genossen auf den Journalisten Klotz im Reichstag an — die Massenprügelei im Landtag ist die Krönung der parlamentarischen Beidung der Nationalsozialisten. Die Kommunisten reden davon, daß sie mit allen Mitteln das Funktionieren des Parlaments unmöglich machen wollen — die Nationalsozialisten handeln nach dem kommunistischen Rezept.

In dieser Politik der rohen Gewalt liegt Methode, und die nationalsozialistische Propaganda unterstützt die offene Brutalität, indem sie laut schreit: die anderen provozieren! Der „Bölkische Beobachter“ überschreibt seinen durch

Die Not vor dem Landtag.

Die Polizeiaktion von Waltershausen.

Weimar, 28. Mai. (Eigenbericht.)

In der Interpellationsdebatte über die Schlecherei in Waltershausen erklärte der sozialdemokratische Redner, Abg. Brill, weiter, derselbe Polizeidirektor Brandt in Gotha, der es ablehnte, mit künftigen Beamten aus Waltershausen zu verhandeln, habe in Gotha bereitwillig mit nationalsozialistischen Führern verhandelt bei der Festnahme von 150 demonstrierenden Nazis. Brandt sei Armeesoldat gewesen und verstehe vom Polizeidienst sehr wenig. Der Redner verurteilte dann noch die Revolutionspielerei der Kommunisten und fragte zum Schluss, ob die Regierung bereit sei, die früher gezahlten Unterhaltungsgebühren weiter fortzuführen und ob die Schuldigen, die die Schlecherei veranlassen, zur Rechenschaft gezogen werden. Der Landtag solle Verständnis für die verzweifelte Bevölkerung haben und solle nicht auseinandergehen, bevor nicht die Anträge durch Beschluß im Plenum ihre endgültige Erledigung gefunden haben.

Staatsminister Dr. Kästner erklärte auf die Große Anfrage, die Finanzen in Thüringen erlaubten es nicht, die Wohlfahrtsgebühren wie früher in voller Höhe auszugeben. Das Reich müsse eingreifen. Unruhen sind seiner Meinung nach auf Anweisung der Kommunisten erfolgt. Thüringen mache da keine Ausnahme, sondern Unruhen sind ja auch in den übrigen Teilen Deutschlands statt. Er könne nicht zugeben, daß die Polizei an den Zusammenstößen schuldig sei. In einem Flugblatt der Kommunisten sei geschrieben worden, wenn die Polizei zum äußersten greife und schieße, dann schieße der Rote Frontkämpferbund auch. Die Kommunisten machen den Zwischenruf: „Das ist Spitzarbeit.“

Der Kommunist Heilmann redete von der „Einheitsfront aller Werktätigen von den Kommunisten bis zu den Nazis“. Abstimmungen fanden nicht statt. Sämtliche Anträge und Entschließungen wurden dem Haushaltsausschuß überwiesen, nachdem Innenminister Kästner die Erklärung abgegeben hatte, daß während der nächsten drei Wochen bis zur Erledigung der vorliegenden Anträge zur Frage der Wohlfahrtsunterstützungen keine Kürzung der bisher gezahlten Fürsorgegebühren stattfinden solle.

Neuwahlen in Oldenburg.

Die Rechte will die Mehrheit erobern.

Am Sonntag hat die Bevölkerung des Freistaates Oldenburg wieder einmal einen neuen Landtag zu wählen. Der alte Landtag ist kaum ein Jahr alt geworden, weil Nazis und Kommunisten an ihm keinen rechten Gefallen fanden. So brachten sie einen Volksentscheidungsantrag ein, der zur Auflösung führte.

Der Schritt der Nationalsozialisten wirkt verständlich, wenn man weiß, daß diese Partei bei den vorjährigen Wahlen auf eine Mehrheit gehofft hatte, jedoch von 48 Mandaten nur 19 erzielte. Selbst mit den zu allem Spießfußel bereiten Deutschenationalen war keine Mehrheit zu erreichen. Mit Hilfe der drei kommunistischen Vertreter wurde zwar die seit neun Jahren im Amte befindliche Beamtensregierung gestürzt; eine Mehrheit für die von den Nazis vorgeschlagenen Ministerkandidaten fand sich aber nicht. Die Folge war, daß die Regierung als Geschäftsmministerium weiter im Amte blieb.

Wie überall, so sabotierten auch im Oldenburgischen Landtag die Hitlerianer die Arbeit. Unanständig und frivol benahmen sie sich insbesondere gegenüber den von der Sozialdemokratie eingetragenen Anträgen sozialer Charaktere. Diese angeblichen Kapitalbekämpfer erwiesen sich als die geschäftigsten und rücksichtslichsten Gegner der Arbeiterschaft. Außerdem machten sie in schamlosem Antisemitismus. In einem Falle wagten sie sogar einen tödlichen Angriff auf einen Zentrumsabgeordneten. Ihr Auflösungsantrag wäre ins Wasser gefallen, wenn nicht die kommunistische Fraktion den Nazis zu Hilfe gekommen wäre.

Diese Hilfeleistung der Kommunisten hat im Lande, insbesondere bei der Arbeiterschaft, viel böses Blut gemacht. Der Ausgang der Wahlen ist völlig ungewiß. Die Sozialdemokratie ist zwar seit neun Jahren nicht an der Oldenburgischen Regierung beteiligt und hat auch den Arbeitern, Angehörigen und Beamten gegenüber ihre Versprechungen eingelöst. Indessen geht es den meisten Wählern nicht um die Oldenburgischen Belange, sondern um die großen Fragen im Reich. Auf diesen Punkt haben insbesondere auch die Nazis ihre ganze Agitation eingestellt.

Bürgerliche Einheitsliste in Hessen.

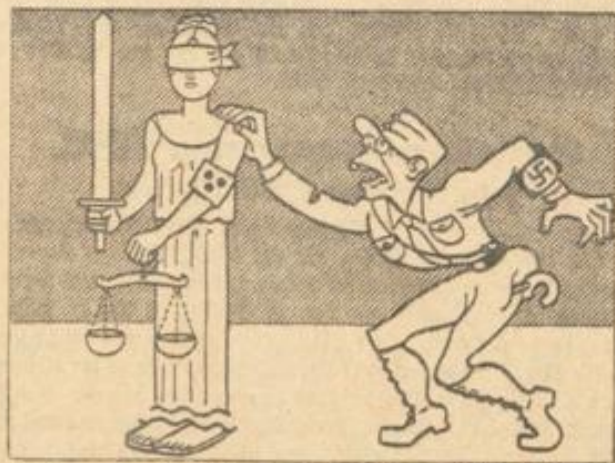
Eine Broden Sammlung.

Darmstadt, 28. Mai. (Eigenbericht.)

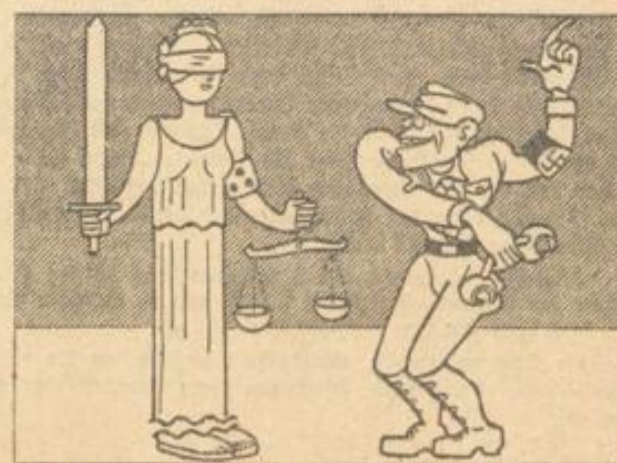
Nach langwierigen Verhandlungen, die mehrfach zu Scheitern drohten, hat die bürgerliche Mitte Hessens am Sonnabendmittag endlich für die Landtagswahl eine Einheitsliste von Landvolk, Deutsche Volkspartei, Christlichem Volksverein, Staatspartei, Wirtschaftspartei und Volksnationalen zusammengewürfelt, die unter dem verheißungsvollen Namen „Nationale Einheitsliste“ firmiert. In einer Verlautbarung des „Ausschusses für bürgerliche Sammlung“ wird behauptet, daß die Deutschenationalen die Einheit sabotiert und in einem reichlich überheblichen Schreiben der bürgerlichen Mitte empfohlen hätten, sie möge ihre Anhänger auffordern, deutschnational zu wählen. Die bisher immer noch stärkste Splitterpartei des Landvolks ist völlig auseinandergefallen. Der Abgeordnete Fenschel kandidiert an der aussichtslosen zweiten Stelle der deutschnationalen Liste, während der andere, Blaser, als zweiter auf der von der Volksparteier Kippoth geführten Einheitsliste vor dem Staatspartei Dr. Weiner-Offenbach figuriert. Für den bisherigen Abgeordneten der Staatspartei, Dr. Schreiber, der Kandidat und Befürworter des Aufgehens Hessens in Preußen ist, war in der neuen „nationalen“ Einheitsfront kein Platz mehr. Die Wirtschaftspartei, deren Einspruch gegen die letzte Landtagswahl die Veranlassung der Auflösung des Landtags war, ist an aussichtsloser Stelle der Einheitsliste vertreten. Die Zentrumsliste ist, soweit die früheren zehn Abgeordneten in Frage kommen, unverändert geblieben.

Zum Besuch Hillers auf einem Kriegsschiff erfahren wir: Der Besuch von Reichsabgeordneten in Begleitung Hillers auf einem Kriegsschiff ist nichts Besonderes. So haben am Freitag die sozialdemokratischen Abgeordneten Kemmle und Salkmann mehrere Stunden lang die Marinewerft in Wilhelmshaven, die Schiffsenanlagen, den in Bau befindlichen Panzerkreuzer B, ein Fischereiforschungsboot und den modernsten Kreuzer „Seipzig“ in allen seinen Teilen besichtigt. Sie wurden vom diensttuenden Korvettenkapitän der Marinewerft begleitet und von allen an Bord der „Seipzig“ befindlichen Offizieren begrüßt. Es wurde ihnen jeder Raum, jede technische Anlage, jede Waffe gezeigt und erklärt.

Der Befreier der Justiz.



„Halt, mein Fräulein, Sie sind ja gefesselt, gestatten Sie . . .“ „Gefesselt? — Ich merke gar nichts.“



„Das kommt nur daher, weil Sie blind sind. Halten Sie mal Ihre Hände hin . . .“



„Schwapp — na sehen Sie wohl!“



„Und nun — Kopf ab!“

Ein Vorstoß der „Jungradikalen“

Das Problem der Koalitionspolitik vor der Entscheidung.

Paris, 28. Mai. (Eigenbericht.)

Einige Mitglieder des linken Flügels der Radikalen Partei, darunter die Abgeordneten Pierre Cot und Bergery, sowie die beiden nichtparlamentarischen Vizepräsidenten der Partei, Jacques Kanfer und Cubenet, haben am Freitag eine Resolution ausgearbeitet, die sich für die Beteiligung der Sozialisten an der Regierung einsetzt und dem Exekutivpauschal der Radikalen Partei am 31. Mai unterbreitet werden soll. Der Abgeordnete Bergery hat diese Tagesordnung am Freitag abend Hertzog überbracht.

Die Jungradikalen verlangen darin, daß sich die Radikalen in der Regierung von den Grundfragen lösen lassen, die auf ihren Kongressen, vor allem auf dem letzten Pariser Kongress, gebilligt worden sind, und die sich in zahlreichen Punkten dem sozialistischen Programm nähern. Es müßte also

nach ihrer Auffassung leicht sein, zwischen beiden Parteien zu einer Einigung über ein gemeinsames Programm zu gelangen.

Das eine Zusammenarbeiten in der Regierung erlaubt. Dieses Programm wird folgendermaßen skizziert: Auf außenpolitischem Gebiet Politik der Befriedigung durch obligatorische und allgemeine Schlichtungsgerichtsbarkeit, Abrüstung, Verbot des privaten Waffenhandels, internationale Organisation der Produktion und der Verteilung sowie Liquidation aller Kriegsschulden. Auf dem Gebiet der Innenpolitik: Merkliche Herabsetzung der Militärausgaben, Neuorganisation der Eisenbahnen zur Vorbereitung einer späteren Verstaatlichung, Ausbau der französischen Wirtschaft und Ausführung großer öffentlicher Arbeiten, Abschaffung der Sechsmonatsgrenze für die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung und nach Sanierung der Lage auf Grund dieser Maßnahmen Durchführung einer Planwirtschaft in Verbindung mit einer Kontrolle der großen Privatmonopole.

Hertzog hat, wie der „Intransigent“ berichtet, den Abg. Bergery, der ihm die Entschließung überbrachte, erklärt, daß er gleichfalls damit einverstanden

sei. Er habe nur einige formale Änderungen verlangt, die ihm Bergery zugestanden habe. Er habe ferner den Wunsch ausgesprochen, daß es im Exekutivpauschal zu einer umfangreichen De-

batte über die Entschließung kommt, damit er sich von den Ansichten der Parteimitglieder ein genaues Bild machen könne. Andererseits wird behauptet, daß Hertzog, als ihm vor einigen Tagen von der Absicht des linken Flügels Mitteilung gemacht wurde, erklärt habe, er werde, falls sich der Exekutivpauschal im Sinne der Wünsche des linken Flügels entscheidet, nicht den Posten des Ministerpräsidenten übernehmen, sondern sich mit dem Außenministerium begnügen.

Damit der Exekutivpauschal der Radikalen Partei bereits am 31. Mai abends über die Haltung der Sozialisten in der Frage der Regierungsbeteiligung unterrichtet ist, hat der Parteivorstand der Sozialistischen Partei beschlossen, die Beratung der verschiedenen Geschäftsberichte auf das Ende des Kongresses zu verlegen. Bereits am Sonntagmittag soll mit der Diskussion der Frage der Regierungsbeteiligung begonnen werden. Am Montag soll dann eine Entschließungskommission gewählt werden, die die verschiedenen Resolutionen am Dienstag dem Kongress unterbreitet. Die Mehrheit des Pariser Parteitag der Sozialistischen Partei hat sich am Freitagabend für zwei Tagesordnungen ausgesprochen, die eine bedingte Mitarbeit der Sozialisten an der Regierung verlangen.

Was die Sozialisten anbetrifft, ist durch die radikale Tagesordnung die Stellung des für die Mitarbeit eintretenden rechten Flügels natürlich gestärkt worden. Er würde sich wahrscheinlich leicht mit den Radikalen auf der Basis der erwähnten Entschließung verständigen. Zweifelsfrei ist aber, daß die Mehrheit des Parteikongresses mit dem Programm der Radikalen zufrieden ist, denn es fehlen ihm zwei wichtige Punkte, die von den meisten sozialistischen Parteivorständen als Bedingung für die Mitarbeit gefordert werden: die Einführung der 40-Stunden-Woche und Schaffung einer staatlichen Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und gegen die der Landwirtschaft durch Unwetter verursachten Schäden. Wenn sich auch der Kongress, wie erwartet wird, mit großer Mehrheit für die Beteiligung ausspricht, so dürfte er doch an diesen Bedingungen festhalten, die für die Mehrheit der Radikalen als unannehmbar gelten. Man darf also keine allzu großen Hoffnungen auf das Zustandekommen einer Einregierung mit sozialistischer Beteiligung setzen.

Kommunistische Bluttat.

Ein Polizeibeamter niedergeschossen.

Hamburg, 28. Mai.

Die Polizeipressestelle teilt mit: Heute abend, gegen 21.40 Uhr, ist ein Ordnungspolizeibeamter in der Osterstraße im Stadtteil Eimsbüttel von etwa 25 Kommunisten angefallen und ohne vorhergehenden Wortwechsel mit Steinen beworfen und sodann durch zwei Schüsse in den Unterleib niedergestreckt worden. Der Beamte liegt in bedenklichem Zustand in einem Krankenhaus. Die Täter sind entkommen.

Justiz!

Unterschlagung von Lohngebern — Heberzeugungstäterchaft

Halle, 28. Mai. (Eigenbericht.)

Das Schöffengericht Halle verurteilte zwei Nazijünglinge, Gert Peters und Kurt Burker, zu 1 Jahr bzw. 3 Monaten Gefängnis. Peters, hoffnungsvoller Sprößling eines altpreussischen Regierungsrates a. D., Führer der Hitler-Jugend, hatte als kaufmännischer Lehrling den Auftrag erhalten, 8000 Mark Lohngebern vom Bauhaus zu holen. Zusammen mit dem inzwischen bei Straßer gelandeten Burker brannierte er mit dem Gelde durch und verjübelte es in Schlemmerkneipen und Freudenhäusern. Vor Gericht entschuldigte sich der Hitler-

Jüngling damit, sein Gefinnungsstadium habe ihn zu der Unterschlagung verleitet mit der Behauptung, er müsse das Geld für eine politische, gegen das System gerichtete Organisation (welche, sagte er nicht) haben. Grund genug für das Gericht, Heberzeugungstäterchaft aus politischen Gründen anzunehmen (!) und nur auf 3 Monate Gefängnis mit Bewährungsfrist zu erkennen, während dem angeblichen Verführer diese Heberzeugungstäterchaft nicht zugesprochen, vielmehr auf ein Jahr Gefängnis erkannt wurde.

Gestundet — nicht gestrichen.

Anerkennung durch Staatsakt.

Washington, 28. Mai.

Der deutsche Botschafter von Weizsäcker unterzeichnete im Schatzamt die Schuldcheine für die durch das Waraktoriatsjahr gestundeten Beträge von 8 Millionen Dollar. Die Schulden sind innerhalb von zehn Jahren zurückzuführen. Finnland und Griechenland haben gleichfalls schon unterschrieben; die übrigen Länder dürften in der nächsten Woche folgen.

Zwei Selbstmordversuche der Frau von Morgen. Die Frau des heim Training auf dem Nürburgring tödlich verunglückten Rennfahrers Joachim von Morgen hat in ihrem Hotel in Adenau versucht, sich durch Kutschneiden der Pulsadern das Leben zu nehmen. Bereits in der Nacht vorher hatte sie einen Selbstmordversuch mit Schlafmitteln unternommen.

„Arbeiterpartei!“

Wer gegen Lohndruck mußt, wird ausgeschlossen.

Braunschweig, 28. Mai. (Eigenbericht.)

Der Kaugutsbesitzer Löhbecke in braunschweigischen Ort Tiffenbrück hatte als einer der ersten Arbeitgeber einen rigiden Lohnabzug durchgeführt. Darauf berief der nationalsozialistische Betriebszellenobmann des Gutes, Schröder, eine Versammlung der männlichen Landarbeiter des Gutes ein, wozu auch der Besitzer und der Inspektor eingeladen waren. Schröder kündete einen Streik gegen den Lohnabzug an, jedoch der Parteifreund und Arbeitgeber Löhbecke erklärte:

„Wenn Schröder mit Streik droht, so muß ich die Sache sofort der Nationalsozialistischen Partei melden, Schröder weiß ja, was dann mit ihm geschehen wird.“

Diese Drohung des Fg. Gutsbesitzers genügte, um die nationalsozialistische Betriebszelle sofort von ihren Streikabsichten abzubringen!

Schwindelnder Kapitalschwund.

Ein Ex-Premierminister der Bilanzfälschung angeklagt.

Paris, 28. Mai. (Eigenbericht.)

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Gesellschaft Elektro Cable, der frühere Ministerpräsident François Marsal, ist unter Anklage gestellt worden. Der Generaldirektor der Gesellschaft Gérard ist bereits wegen Verletzung des Gesetzes über die Aktiengesellschaften angeklagt. Der Gesellschaft, gegen die seit Januar das gerichtliche Liquidationsverfahren eingeleitet ist, wird vorgeworfen, eine falsche Bilanz veröffentlicht, fiktive Divi-

denden verteilt und eine den gesetzlichen Vorschriften nicht entsprechende Kapitalerhöhung vorgenommen zu haben. — Vergehen, die wie Betrug bestraft werden. Aus dem Bericht der Bücherfachverständigen über die Geschäftsführung geht hervor, daß François Marsal über diese Vergehen unterrichtet gewesen sein muß. François Marsal hat als Vizepräsident der früheren Präsidents der Republik Millerand gewählt, der ihn 1924 mit der Kabinettsbildung beauftragt hatte.

Sozialistenprogramm in USA.

Zehn Milliarden = Wahlplattform.

Milwaukee, 28. Mai. (Eigenbericht.)

Der sozialistische Parteitag hat ein Wahlprogramm angenommen, das außer weitgehenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen u. a. Bewilligung von 10 Milliarden Dollar fordert; davon je 5 Milliarden für Arbeitslosenunterstützung und für Notstandsarbeiten. Außerdem forderte der Kongress Streichung sämtlicher Kriegsschulden unter der Bedingung, daß die Gelder nicht für Rüstungszwecke verwendet werden. Der Parteitag nahm schließlich noch nach heftiger Debatte Entschlüsse zugunsten einer engen Zusammenarbeit mit dem Gewerkschaftsbund und für Alkoholzulassung an. Morris Hillquit wurde als Parteivorsitzender wiedergewählt.

Gewerkschaftliches siehe 3. Beilage.

Verantwortlich für Politik: Victor Scholl; Wirtschaft: G. Ringelblum; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Freiwirtschaft: Dr. John Schimanski; Sozialismus: Fritz Rappoldt; Angelegenheiten: Dr. Glode; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68 Lindenstraße 3. 4 Beilagen.

Abonniert die Zeitung

der Hand- und Kopfarbeiter!

Ich abonniere die volle Ausgabe des „Vorwärts“, zweimal täglich frei ins Haus zum Preise von 3,25 Mk. pro Monat (pro Woche 75 Pf.)

Ich abonniere den „Sonntag-Vorwärts“ zum Preise von 55 Pf. pro Monat. (Nichtzutreffendes ist zu durchstreichen.)

Name: _____

Wohnung: _____

Straße Nr. _____

Wohnort: _____ Hof — Quergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts

bei _____

Ausfüllen und einenden an den Verlag des „Vorwärts“

Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung, Funktionäre!

Am Mittwoch, dem 1. Juni fallen die Bezirksversammlungen für den 6., 8., 9. und 15. Bezirk aus. Wir bitten, dieses zu beachten.

Achtung! Achtung! Erwerbslose Maschinenschlosser!

Donnerstag, den 7. Juni, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Einleitstraße 83-85, Eingang Elfenbeinstraße 86-88

Versammlung der erwerbslosen Maschinenschlosser

Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Wir erwarten, daß sich unsere arbeitslosen Kollegen zahlreich an der Versammlung beteiligen.

Ohne Mitgliedsbuch und Stempelfakt kein Zutritt.

Mechaniker, Optiker, Uhrmacher, Elcker u. Elckerleiden und Branche der Stromerzeugenden Industrie

Dienstag, 31. Mai, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 24-25 (großer Saal).

Branden-Versammlung

Tagesordnung:

1. Bericht der Kollegen vom Branden: „Die Internationalsolidarität gegen Arbeitsbeschäftigung“

2. Diskussion

3. Brandenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch mit einem der obigen Besuche versehen legitimiert.

Es ist Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen zu erscheinen.

Achtung, Modellenschlosser!

Montag, 30. Mai, abends 7-30 Uhr im Verbandshaus, Einleitstr. 83-85, Eingang Elfenbeinstraße 86-88

Versammlung

der Modellenschlosser, Formenbauer u. Reparaturschlosser aus den Gegenden

Es ist Pflicht aller Kollegen, an dieser Versammlung teilzunehmen.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Achtung, Kupferschmiede!

Donnerstag, den 2. Juni, abends 7 Uhr, im Verbandshaus, Einleitstraße 83-85, Parterrefoyer

Versammlung

aller im Deutschen Metallarbeiter-Verband und im Verband der Kupferschmiede organisierten Kollegen

Tagesordnung:

Wahl der Beiratsleitung.

Wir erwarten, daß die Kollegen beider Organisationen an dieser Versammlung teilnehmen.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

Kennst Du dieses Zeichen?

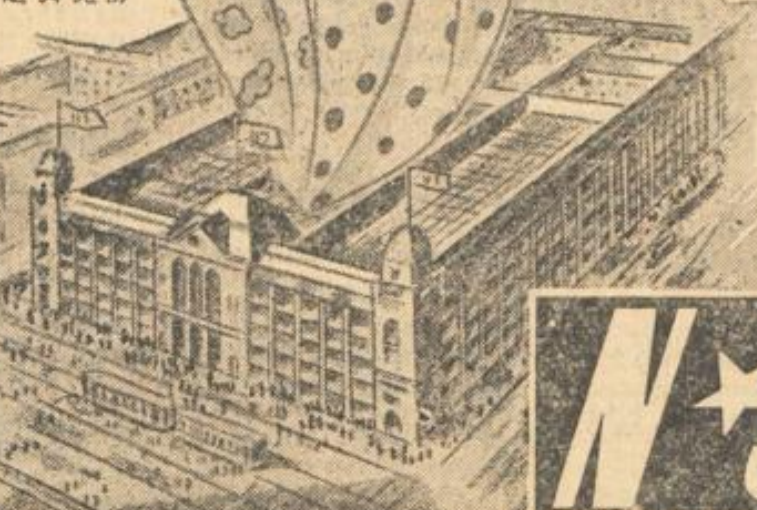


Du mußt Mitglied werden in unserer Buchgenossenschaft

DER BÜCHERKREIS G. M. B. H. Auskunft und Verzeichnis erhält Du gratis in der Zentrale: Der Bücherkreis G. M. B. H. Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7



Mit dem Autabus Linien 3, 12, 14, 19, 21, 30. Straßenbahn Linien 4, 25, 47, 54, 55, 62, 64, 65, 67, 71, 72, 73, 74, 76, 78, 89, 128, 142, 174, 176, 199



Jeden Mittwoch N.J.-Kindertag

N*J*SRAEL

BERLIN C 2 • SPANDAUER STRASSE • KÖNIGSTRASSE

in den 60 SPEZIAL-ABTEILUNGEN

- Kleiderstoffe**
 - Muselin 0.27
 - Wollmuselin 0.75
 - Vollvoile 0.68
 - Georgette 1.50
 - Fiamenga 1.95
 - Marocain 2.25
 - Bedr. Honan 2.95
 - Dirndkleid 2.65
- Damen-Kleidung**
 - Damen-Äuse 4.90
 - Trägerrock 7.75
 - Kludjacke 9.75
 - Beretkappe 2.45
 - Filet-Handschuhe 0.95
 - Hemd hose 1.90
 - Schiatanzug 2.75
 - Strümpfe 0.88
 - Lederopanken 3.85
 - Badeartikel
 - Badeanzug 2.90
 - Badeanzug 4.50
 - Strandanzug 3.75
 - Frottiertuch 0.88
 - Bademante 5.90
- Für den Herrn**
 - N. J.-Standard-Anzüge 50.-
 - Herrnsocken 0.95
 - Oberhemd 2.90
 - Sporthemd 4.90
 - Für das Haus
 - Deckbettbezug 2.45
 - Stoppdecke 11.90
 - Vorleger 2.90
 - Gardinenvoile 0.65
 - Liegematratze 7.95
 - Korbesset 2.95
 - Eisschrank 33.00
 - Kupekoffer 3.65



So schwer die Zeiten in aller Welt sind, etwa 100 000 Fremde kommen dennoch jeden Monat in die Hauptstadt der deutschen Republik...

Potemkinsche Dörfer.

Von nicht minderer Bedeutung wie die Fahrtroute bei einer eiligen Besichtigung ist der Erklärer. Es ist nicht wesentlich und feiner Wesse wert, woher die Erklärer kamen...

bestiegen. Eine Fahrt dauert zwei Stunden. Vor nicht allzu langer Zeit waren diese Rundfahrten kaum etwas anderes als die Pilgerfahrten zu den übrig geliebten Stätten der Monarchie...

Vom Bankenviertel geht's am Gendarmenmarkt mit dem Staatstheater, Deutschen und Französischen Dom vorbei nach Alt-Berlin. Wenn die Fremden auf den Krögel hingewiesen werden...

die Berliner Bettelwägen. Nun geht's ein wenig in die Kreuz- und Quer: Reichsheldenmal für die gefallenen deutschen Soldaten, Brandenburger Tor — hier wieder halt zum Photographieren...

„Bitte langsam fahren!“

Weiter geht's: Tauentzienstraße, Wittenberg- und Kollendörffplatz, hinauf zum Kreuzberg, Mietkasernen, barfüßige Kinder, und plötzlich ruht wieder der ganze Wagen: „Oh, very interesting!“

Erklärer aus aller Welt...

Wenn die Fremden aufstauten, war es immer etwas Neues, was es zu sehen gab. In der Siegesallee sagten sie keinen Ton; in der Wilhelmstraße merkten sie bei Hindenburg und bei Brüning auf...

Dem Meere abgerungen.

Zuidersee geschlossen. — Jetzt Ziffelmeer.

Amsterdam, 28. Mai.

Die Zuidersee hat am Sonnabend mittag um 12,42 Uhr aufgehört zu bestehen. Zu diesem Zeitpunkt war der 29,6 km lange Absperrdamm geschlossen.

Um die Mittagszeit verammelten sich an der Abschlussstelle die Behördenvertreter, die Direktoren der Zuidersee-Werke, zahlreiche Pressevertreter usw.

Advertisement for 'ULTIMO' bedding, featuring a large graphic and text: 'ZUM ULTIMO EXTRA BILLIGE PREISE im unstreitig grössten Bettwarenhaus'.

Advertisement for 'Bettedern Lustig' featuring a list of products and prices: Bettfedern, Ueberlaken, Frottier-Handtücher, Daunendecken, Bettvorleger, Lauferstoff, Garderobenschrank, Kinder-Klappwagen, Prinzen-Steck, Wilmersdorfer-Steck, Ecke Bismarck-Str., Frankfurter-Allee 304.

Die „Werkstatt“ im Rucksack

Der Feldzug der Innungen gegen die „Schwarzarbeiter“

Die Handwerker-Innungen führen in ihrer zweifellos schweren wirtschaftlichen Bedrängnis gegenwärtig einen scharfen Kampf gegen die sogenannten Schwarzarbeit.

Dabei stellen die Innungen die Sache so dar, als ob die Schwarzarbeit tatsächlich eine ernste, das Gewerbe außerordentlich beeinträchtigende Konkurrenz wäre. Am deutlichsten ist diese Auffassung im Automobilmittelgewerbe zu finden, so kann man in dem Geschäftsbericht, den der Reichsverband des Kraftfahrzeughandels und -gewerbes (der ehemalige Deutsche Automobilhändler-Verband) seiner letzten Generalversammlung am 7. Mai 1932 erstattete, folgendes lesen:

„Besonders verschärft wurde die Lage des Reparaturgewerbes noch durch das stätige Anschwellen der Schwarzarbeit — eine Erscheinung, die wiederum nur aus der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, aus dem verhängnisvollen Anmarsch unseres Arbeitslosenheeres heraus erklärt werden kann. In einem bisher nie erlebten Umfange haben sich Kraftfahrzeugbesitzer — selbst leistungsfähige Besitzer teurer, großer Wagen — ihre Reparaturen von stellungslosen Chausseuren ausführen lassen, ohne sich darüber klar zu werden, welche überaus großen Risiken sie dabei übernehmen, und welche Gefahren aus derart mangelhaften, mit unzureichenden Mitteln ausgeführten Arbeiten nicht nur für sie selbst, sondern auch für die Öffentlichkeit entstehen. ... Für das legitime Gewerbe bedeutete die Konkurrenz der Schwarzarbeiter natürlich eine weitere schwerwiegende Schwächung seiner Arbeitsmöglichkeiten. Sie hat in erheblichem Umfange dazu beigetragen, daß die Werkstätten in großem Maßstabe Entlassungen vornehmen mußten, da sie wegen mangelnder Beschäftigung einfach nicht mehr in der Lage waren, selbst ihren alten Stamm eingearbeiteter Monteure durchzuhalten. ...“

So spinnt sich das Klagespiel der Reparaturwerkstätten fort und fort und es ist immerhin bemerkenswert, welche Folgerungen der Deutsche Automobilhändler-Verband, der doch nicht mit irgendwelcher Vorstadtinnung verglichen werden kann, aus der sogenannten Schwarzarbeit zieht. Soviel ist allerdings richtig an der ganzen Schwarzarbeit: bißweilen fährt über die Landstraße ein Radfahrer, auf dem Buckel hat er einen schweren Rucksack. Da drin ist sein Werkzeug. Sieht er ein Automobil oder ein Motorrad am Wege liegen, bietet er seine Hilfe an. Oder auf die Höfe der Tankstellen und Garagen kommen Männer und fragen, ob es nicht etwas zu reparieren gäbe. Auch sie führen ihr Werkzeug im Rucksack mit, betreten den Hof aber nur, wenn dort keine Werkstatt ist. Oder die dritte Form der Schwarzarbeit: ein Herrtenfahrer ist zu fein, sich den Vergaser selber durchzupusten oder zu ungeschult, um an seiner Lichtmaschine eine Kleinigkeit zu machen; er ruft vielmehr einen bekannten Arbeitslosen, der diese 10-Minuten-Arbeit prompt erledigt. Von solchen Aufträgen wird überdies keine Reparaturwerkstatt reich.

Aber weiter: was sollen denn die berüchtigten „Schwarzarbeiter“ nun eigentlich reparieren? Wenn der Mann, der über Land fährt, oder der, der die Garagen abklappert, in seinem Rucksack hat: einen Satz Schraubenschlüssel, einen Satz Schraubenzieher, Engländer, Wagenheber, Brustleier, Flach-, Beiß- und Rohrzanze,

Feilen, Splinte; dazu eine Handbohrmaschine, Spiralbohrer, Gewindebohrer, ein paar Bolzen mit Muttern und eine Lötlampe schließlich, dann hat dieser Mann nur das Allernotwendigste bei sich, oder der Schwetz rennt ihm von der Last bereits in Strömen von der Stirn. Und was kann er machen? So gut wie gar nichts. Vielleicht ein Auspuffrohr, das nachschleifte, wieder löten, oder ein Benzinrohr oder ein Lichtkabel in Ordnung bringen oder einen der Bombenzüge am Motorrad heilen, bis der Fahrer die nächste große

Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Morgen, Montag, 19½ Uhr

im Sitzungssaal des Bezirksamtes Kreuzberg, Yorckstr. 11

Gr.-Berliner Funktionär-Konferenz

mit dem Thema „Die politische Situation“

Referent: Genosse Erich Kuttner, M. d. L.

Ohne Mitgliedsbuch keinen Zutritt.

Werkstatt erreicht. Aber dem Motor steht der berüchtigte „Schwarzarbeiter“ hilflos gegenüber. Soll die Kurbelwelle, soll die Pleuellstange gebrochen sein, mag sich der Kolben getroffen haben, nichts kann der Mann machen. Er allein kann nicht einmal den Zylinderblock abheben, um an den Kolben zu kommen. Selbst wenn der Mann in seiner Wohnung eine kleine Drehbank, eine sogenannte Mechanikerbank, zu stehen hätte, könnte er noch nicht einen Ventilfederbruch reparieren. Ueberhaupt wäre der Arbeitslose ein kompletter Narr, wenn er sich eine geschlagene Stunde hinstellen wollte, um eine einzige Schraube anzufertigen, die er sich für 5 Pf. aus dem Laden holen kann und dabei noch eine Mutter dazu bekommt.

Die „Schwarzarbeitenden“ Arbeitslosen mühen geradezu mit den Heijzelmännchen im Bunde stehen, wenn sie alle die Arbeiten verrichten sollten, die ihnen angedichtet werden.

Elefanten werden ausgepakt.

Zwei neue Elefanten hielten in im Zoo ihren Einzug. Einer ist noch ein Baby, das in echt kindlicher Neugier den Rüssel aus seiner Riste steckt und sich gerne füttern lieh. Als er aus seinem haltbaren Vattenverpackung befreit war, ging es gleich, in Begleitung eines Wärters, ohne die geringste Aufregung, durch den Zoo. Baby kam sofort in den Tierkindergarten, wo es wohl bald das von Kinderhänden viel bespachtelte Bunttier sein wird. Der andere Elefant, Toni mit Namen, soll der größte Europas sein. Er ist eigentlich als Braut für Harry gedacht. Der Transport dieses Riesenelefanten gestaltete sich wesentlich schwieriger und vorsichtiger. Da er fein aus Reifen gewöhnter, unsichtiger Zistuselefant ist, war er natürlich durch die Reife verärgert. Sein neuer Wärter war vorerst nach München gefahren, dem bisherigen Standort des Elefanten und hatte sich dort mit seinem neuen Pfingling ange-

freundet. Dann wurde auf einem offenen Güterwagen die Reife ausgetreten, was für den Wärter wirklich nicht angenehm war. Toni war, als sie die Reife vertief, schwer geärgert. Sie hatte nur Angst, machte aber keine Dummheiten, wie es sonst in solchen Fällen Elefantenart ist, sondern betrachtete, große Furcht in den Augen, vorichtig die sie umlagernden Reuegerien und ihr neues Heim.

Allgemeine Wetterlage.



Die gestern bereits im Süden und Südwesten des Reiches eingetretene Wetterbesserung hat sich rasch auch über das übrige Deutschland ausgebreitet, so daß am Sonnabend im ganzen Reich meist trockenes, teils wolfiges, teils heiteres Wetter bestand. Die Temperaturen blieben noch vorwiegend unter 20 Grad, nur in Mitteldeutschland erreichte das Thermometer 21 Grad Celsius. Der über der östlichen Ostsee befindliche Hochdruckausläufer breitet sich jetzt westwärts nach Dänemark und der östlichen Nordsee hin aus, während das Nordsee-Tief seinen Schwerpunkt nach Norden verlagert und sich das südliche, die Alpen bedeckende Tief langsam verflacht. Damit dürfte am Sonntag unser Wetter im wesentlichen durch einen trockenen östlichen Luftstrom bestimmt werden.

Wetterausblick für Berlin. Wärmer, trocken, wolfig bis heiter, schwache bis mäßige Winde aus östlicher Richtung. — Für Deutschland. Im Süden und Südwesten des Reiches örtliche Gewitterregen, im übrigen Deutschland teils wolfig, teils heiter und vorwiegend trocken. Temperaturen überall ansteigend.

WERTHEIM Billige Angebote

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz



21.75

Elegant. Kleid
kunstseid. Marocain,
Pelerinenform, Stickerei

13.75

Sommerkleid
gemusterter Vollvoile,
aparte Druckmuster

Beiderwand
indanthronfarbig,
Meter 42 Pf.

Tupfen-Kunstseide
die große Mode,
Meter 75 Pf.

Woll-Musselin
gute Qualität,
ca. 80 cm breit,
Meter 98 Pf.

Sport-Pullover
ohne Ärmel,
reine Wolle,
meliert 1.95

Damen-Pullover
¾ Puffärmel,
reine Wolle,
Pastellfarben 2.75

Damenstrümpfe
künstliche
Waschseide,
moderne Farben 95 Pf.

Damenstrümpfe
Bemberg-Gold,
elegante
Ausführung 1.75

Strandbeinkleider
für Damen,
weiß oder blau 2.65

Reinseid. Tussah
naturfarbig,
Meter 1.25

Bourette reine Seide mit
Kunsts., schönes
Farbensortiment,
ca. 80 cm breit,
Meter 1.75

Körper-Foulard
rein. Seide, bedr.,
mod. Must., ca.
100 cm, Meter 1.95

Damenhemd
mit Stickerei-
Motiv 1.75

Nachthemden
mit Stickerei-
Motiv 2.25,
farbiger Batist 1.25

Damenkittel
Zephir,
amerikanische
Durchsteckform 1.45

Damenkittel
weiß Linon,
Durchsteckform 2.10

Handtaschen für Damen
verschied. Formen u. Lederarten
2.25 4.25 6.25

Damen-Mantel
imprägnierte
Kunstseide, 9.75
Größe 40 - 46

Damen-
Club-Jacke
Tuch,
Sakkoform 11.75



Polo-Bluse
hellfarbig, Trikotstoff
¾ Ärmel 1.35
1.75

Damen-
Strand-Anzüge
einfarbig,
mit mille-fleurs-
Oberteil 5.15

weißer
Panama-Stoff,
farbig garniert 5.75

Zur Kennzeichnung der Situation.

Wirtschaftliche und soziale Notwendigkeiten. — Staatspolitik und Aufgaben der Arbeiterklasse.

Wird die heutige Auseinandersetzung des Reichspräsidenten mit dem Reichspräsidenten die „Revolution von oben“, einen Sieg der schwerindustriell-junkerlich-militärischen Kamarilla, eine Kapitalherrschaft mit der Ausschaltung der zivilen Gewalten bringen? Wir glauben es nicht. Der Reichspräsident hält den Verfassungsschicksal; der Weg ist ihm vorgeschrieben, solange Brüning das Vertrauen des Reichstags hat und nicht selbst auf die Führung verzichtet. Die Zeit wickelt sich für den Sieg der wirtschaftlichen und politischen Vernunft und gegen jede Kamarilla; mit blauen Bohnen und dem Streikverbot würde kein Wagen fahr, mit Autarkie und Aufrüstung die Währung nicht lester und die deutsche Kreditfähigkeit nicht größer. Jedes Zugeständnis in der Richtung einer kapitalistischen Diktatur und des Ausnahmezustandes wäre heute oder morgen der Anfang vom wirtschaftlichen und politischen Ende. Es wird entscheidend sein, was die Reichsregierung mit der Zustimmung des Reichspräsidenten und später des Reichstags in der kommenden Woche tun wird. Kein Rotbrückenbau ist mit Erfolg möglich ohne das Bewußtsein im Volke, daß der Brückenbau auch hält. Jedes wirtschaftliche, soziale und politische Zugeständnis an die Kamarilla bei den kommenden neuen Maßnahmen wird das Vertrauen in die Tragfähigkeit der staatlichen Rotbauten der Brüning-Regierung erschüttern. Die Unruhen in Thüringen und jetzt im Ruhrgebiet, diese Explosionen der schon jetzt nicht mehr in voller Disziplin ertragenden Rotstände, verpflichten die Reichsregierung zur entschlossenen Durchführung des als unweigerlich notwendig Erkannten auf finanziellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet.

Wacht die Reichsregierung noch weiter zurück?

Wir haben zum Rotprogramm der Reichsregierung, soweit es bekannt geworden ist, schon mehrfach kritisch Stellung genommen. Wir wiederholen und sagen: Wir halten den Abbau der Leistungen in der Arbeitslosenversicherung für überflüssig, den Rentenabbau in der Invalidenversicherung — da Ausfallungsanträge in den Wind geschlagen wurden — für jahrelang von der Reichsregierung verschuldet, die Schonung des Belagten beim Arbeitslosenopfer und die Heranziehung nur der abhängigen und auch der allerärmsten noch Beschäftigten für aufreizend ungerade, die Nichtanpassung der Bürgersteuer an die veränderten Einkommensverhältnisse, besonders in den unteren Stufen, für eine unüberwindliche Härte, die Arbeitsbeschaffung und auch schon die „projektierte“ Arbeitszeitverlängerung für absolut unzulänglich und das unwirtschaftlich übertriebene Spiel mit dem Gedanken des freiwilligen Arbeitsdienstes für gefährlich.

Wir haben die Reichsregierung auf die Notwendigkeit hingewiesen, hier Remedur zu schaffen, weil ein wirtschaftlicher Rotbrückenbau leichtfertig ist, bei dessen finanzieller Fundierung die

soziale Gerechtigkeit vernachlässigt und die volkswirtschaftliche Selbstverständlichkeit mißachtet wird, daß in Krisenzeiten die noch vorhandene Realkaufkraft nicht der Illusion des Kapitalismus geopfert werden darf. Wir müssen auch unserer immer größer werdenden Sorge Ausdruck verleihen, daß die schon viel zu lange verzögerte Auslegung der Prämienanleihe, nachdem das Rotprogramm keine Haltbarkeit und Unerschlossenheit erkennen läßt, den Start und das Ergebnis nicht haben kann, die sie unbedingt haben müßte.

Unsere Besorgnisse sind aber in den letzten Tagen noch erheblich größer geworden. Man hört jetzt von drohenden Ausschüttungen des Rotprogramms, die die wichtigsten Tragpfeiler von Brünings Rotbrückenbau umgipfen und die nur als Beschwichtigung und Zugeständnisse zugunsten der junkerlichen und schwerindustriellen Fronde angesehen werden könnten, wenn sie Berücksichtigung finden.

Erstens: Die noch so unerhörten und doch verheißlichen Opfern des Steuerzahlers von dem Reichsminister und Großgrundbesitzer Schlangenschönungen selbst als unausweichlich erkannte Bereinigung im agrarischen Osten ist bedroht und soll neuen Subventionen zu weiterer Befestigung weichen, monoch auch der ganze Siedlungsplan der Reichsregierung gefährdet wäre.

Zweitens: Schwerindustrielle und andere großkapitalistische Einflüsse verfolgen die Unterföhlung der gesetzlichen Arbeitszeitverlängerung überhaupt, also auch in dem so bescheidenen vom Reichsarbeitsminister vorgesehenen Umfang, und es besteht die Möglichkeit, daß die hier frondierenden Gruppen mit der Preisgabe der gesetzlichen Arbeitszeitverlängerung zufriedengestellt werden sollen.

Zwingende ökonomische Grenzen für Zugeständnisse der Reichsregierung.

Wir sagen der Reichsregierung mit aller Eindringlichkeit: Wenn sie in diesen beiden Fragen grundsätzliche, unweidmähige oder ungerechte formalistische Wirkungen überschreitende Zugeständnisse macht, dann gefährdet sie ihren wirtschaftlichen und staatspolitischen Rotbrückenbau und fördert mit ihrer eigenen schweren Gefährdung die Kräfte, denen innere und äußere Katastrophen kein zu teurer Preis für die Sicherung ihrer kurzfristigen, selbstischen Interessen sind.

Deutschland hat keine unangebrochenen materiellen Reserven mehr und seine moralischen Reserven sind begrenzt. Dem materiellen und moralischen Rotbrückenbau steht nur noch die finanzielle und physische Substanz des Volkes zur Verfügung. Die Erhaltung des Wirtschafts- und Staatsgefüges ist nur durch allseitige

Beseitigung von Verlustquellen und durch allseitige Opfer möglich. Der Lohn kann nicht mehr zugunsten des Kapitals — niemand kann mehr für neue Subventionen opfern.

Es gehört zu den Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Systems, daß keine Krise überwunden, daß jede Krise verhärtet werden muß, wenn die privatwirtschaftliche Bereinigung vorhandener Verluste ausgehoben oder unterlassen wird. Der agrarische Sektor der deutschen Wirtschaft ist wegen der unterlassenen Bereinigung der Grundstückspreise einer der gefährlichsten deutschen Krisenherde geworden. Ähnliches gilt für die deutsche Schwerindustrie.

Die Junker wollen Befestigung auch der Bankrotteure mit neuen Subventionen, wenn nicht staatlichen, dann solchen ihrer Gläubiger. Die Schwerindustrie will die Bereinigung ihrer Kapitalverhältnisse aufschieben und billiger machen durch Verhinderung jeder Arbeitszeitverlängerung, wovon sie sich neuen Rohndruck und damit — infolge der weiter wachsenden Arbeitslosigkeit — weitere Lohnopfer zugunsten des Kapitals verspricht. Der Widerspruch zwischen industrieller Leistungsfähigkeit und Beschäftigungsmöglichkeit ist aber ein dauernder, Dauerarbeitslosigkeit von Millionen ist eine soziale Dauerverlustquelle, die nur durch gezielte und dauernde Arbeitszeitverlängerung verstopft werden kann.

Die Reichsregierung würde die zwingendsten kapitalistischen Wirtschaftskräfte in einem Augenblick nelegen, wo ihre Wiederinkraftsetzung das wichtigste Gebot ist, wenn sie den junkerlichen und schwerindustriellen Forderungen grundsätzlich nachgeben würde.

Die „Revolution von oben“ will die Vernichtung des Solidaritätsprinzips.

Die Folgen eines grundsätzlichen Nachgebens der Reichsregierung in diesen entscheidenden Fragen wären unübersehbar. Den frondierenden Junker- und Montangruppen ist gemeinsam, daß sie nicht verloren geben wollen, was durch schlechte Wirtschaft und durch die Krise verloren ist. Sie wollen auch in der schwersten Wirtschaft- und Staatskrise die Privilegierten auf Kosten des Volkes bleiben. Das individualistische Prinzip ist für sie die Quelle von Sonderrenten und Sonderproften gewesen. Sie sind grundsätzliche Gegner des solidarischen Prinzips auch da, wo der Bestand des kapitalistischen Wirtschaftssystems von solidarischen und kollektivistischen Organisationen geradezu abhängig gemorden ist. Das gilt für die ganze Sozialversicherung, für den Arbeiterschutz, für das Koalitionsrecht und die Gewerkschaften, für das Tarifvertrags- und das Schlichtungssystem. Sie sind nicht Gegner der

**Wir eröffnen
die 5. Saison**

**die Freiluftkur
für jeden Fuss!**

Ihr Fuss braucht Licht, Luft, Sonne

- Federleichte Sommerlinge
- Luftige Opanken
- Poröse Palmas-Schuhe
- Wochenend-Schuhe
- Weiche Chevreau-Schuhe
- Strand- und Badeschuhe
- Boots- und Tennisschuhe

So schöne Sommerschuhe gab es noch nie!

Leiser



Scru Sommerling mit hellbraun verziert.....

4⁹⁰

Der Gesamtverband steht fest.

Für Einheitsfront gegen Einheitsfrontphrasen.

Die Generalversammlung der Berliner Bezirks- und Ortsverwaltung des Gesamtverbandes am Freitag im Gewerkschaftshaus wich diesmal von dem Charakter einer Vierteljahres-Generalversammlung erheblich ab. Die ganz natürliche Ursache dafür war die Dezember-Notverordnung, die für die ersten vier Monate des Jahres jede selbständige Tarifpolitik der Gewerkschaften zwangsweise unterbunden hatte und demzufolge auch der sonst üblichen ausführenden Berichterstattung über die Lohn- und Tarifbewegungen im verlossenen Quartal die Grenzen zog.

Ueber die lohn- und tarifpolitische Tätigkeit der Bezirks- und Ortsverwaltung während des ersten Vierteljahres in der Privatindustrie konnte der Bevollmächtigte Genosse Schaum in seinem Geschäftsbericht in der Hauptsache nur mitteilen, daß die Organisation alle bedrohten Positionen hartnäckig verteidigt hat.

In den öffentlichen Betrieben dagegen wurde wegen der neuen Forderungen auf Angleichung an die Reichsarbeiterlöhne ein Kampf um die Existenzgrundlage der Arbeiterschaft geführt, der an Heftigkeit die Kämpfe bei weitem übertraf, die aus den gleichen Gründen im vorigen Jahr ausgefochten worden sind. Genosse Schaum rief den Generalversammlungsabgeordneten noch einmal die wichtigsten politischen Vorgänge, vor allem die Bedeutung der Wahlkämpfe im ersten Quartal, in Erinnerung, die die anderen Ereignisse überschatteten.

Die besondere Aufmerksamkeit der Versammlung lenkte er aber auf die rein politischen sowie auf die wirtschafts- und sozialpolitischen Ereignisse, die dricht bevorstehen, und die höchste Aufmerksamkeit und Aktivität der Arbeiterschaft verlangen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft in der allernächsten Zeit noch Proben ihrer Kampfkraft und Disziplin

ablegen muß, von denen vieles, wenn nicht alles, für den Bestand der Arbeiterbewegung abhängen dürfte. Für ein unehrliches Einheitsfrontgerede ist jetzt keine Zeit; es gilt vielmehr, daß sich die gewerkschaftlich organisierte Arbeiter- und Angestelltenenschaft unter sich einig ist. Eine bessere Einheitsfront als die freien Gewerkschaften gibt es nicht. Der stürmische Beifall bewies die Uebereinstimmung der Versammlung mit diesen treffenden Ausführungen.

Genosse Zietemann trat mit einer genauen Erläuterung des Massenberichts den Gerüchten entgegen, daß die finanzielle Kraft der Organisationen im Schwinden sei. Die Mehrausgabe von rund 11 000 Mark im ersten Quartal sei zwar nicht erfreulich, aber angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit durchaus verständlich, und vor allem nicht gefährdend für die finanzielle Widerstandskraft des Verbandes. Die Organisation ist immer noch stark genug, jeden Kampf finanzieller und auch ihren sonstigen Verpflichtungen nachkommen zu können.

Die Diskussionsreden einiger SAP-Leute und sonstiger „Oppositioneller“ waren völlig belanglos und abseits vom Thema liegende Schwärgereien.

Zu Beginn der Versammlung hatte der Bevollmächtigte Genosse Drimann eine Erklärung abgegeben, die sich auf die Ueberfreitung von Befugnissen einiger Hauptvorstandsmitglieder bezog, was der kommunistischen Presse Anlaß gab zu gemeinen Verdächtigungen und Verleumdungen der Führer des Gesamtverbandes. Genosse Drimann empfahl der Generalversammlung, den Bericht des Vorstandsbeirats abzuwarten, der zur Klärung dieser Fragen zum 11. Juni einberufen worden ist. Dieser Empfehlung trat die Generalversammlung auch bei.

Der Kampf wird nunmehr in verschärfter Form weitergeführt werden. Die Stimmung der Streitenden ist sehr gut. Kein einziger ist bisher in die Betriebe zurückgekehrt. Alle Anstrengungen der Unternehmer, durch Streikbrecher von außerhalb ihre Betriebe in Gang zu bringen, sind gescheitert. Ihre angebliche Konkurrenz, die getarnten und Winkeimurksfabrikanten, benutzen die Unternehmer jetzt als Kausreißer zur Belieferung ihrer Kundschaft, weil sie mit ihren paar Streikbrechern selbstverständlich nicht in der Lage sind, genügend Wurst- und Fleischwaren herzustellen.

Die gesamte arbeitende Bevölkerung Berlins wird weiter Solidarität üben und von Firmen, die Fleisch- und Wurstwaren aus den bestreikten Betrieben vertreiben, solche nicht kaufen. Es sind das folgende Firmen: Warenhaus Tief, Kaufhaus des Westens, Butterhandlung Nordstern, Pommersche Meiereien, Butterhandlung Hoffmann Bolle und der Beamtenwirtschaftsverein. In den nächsten Tagen werden wir weitere Firmen nennen.

Betriebsratswahl bei der Rollgesellschaft

Eine freigewerkschaftliche Mehrheit.

Für die zur Durchführung der bahnamtlichen Rollabfuhr in Berlin in Verfolg des Schenker-Vertrages mit der Reichsbahn gegründete Berliner Rollgesellschaft m. b. H. hat die Wahl zum Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenrat folgendes Ergebnis gehabt:

Von den im Betrieb beschäftigten 332 gewerblichen Arbeitern ist nur eine freigewerkschaftliche Vorschlagsliste von den im Gesamtverband organisierten Arbeitern eingereicht worden. Von den 151 insgesamt beschäftigten Angestellten sind drei Vorschlagslisten eingereicht worden. Von den 143 abgegebenen gültigen Stimmen bekam der Zentralverband der Angestellten 85 Stimmen, der GdA 28 und der DdA 30 Stimmen. Der Betriebsrat setzt sich zusammen aus: sechs freigewerkschaftlichen Arbeitern und zwei freigewerkschaftlichen Angestellten.

Der Arbeiterrat besteht aus sieben Mitgliedern des Gesamtverbandes. Den Angestelltenrat bilden vier Mitglieder des DdA, und je ein Mitglied des GdA, und des DdA.

Die Justizbürobeamten.

11. Verbandstag des Reichsverbandes.

Am Sonnabend begann in Berlin der 11. Verbandstag des Reichsverbandes der Justizbürobeamten und deren Anwärter. Als Vertreter des preußischen Justizministeriums nimmt Ministerialrat Dr. Willers an der Tagung teil. Der Führer der Spitzenorganisation der freigewerkschaftlichen Beamtenverbände, der auch der Reichsverband der Justizbürobeamten angeschlossen ist, Genosse Albert Falkenberg vom ADB, verwies in seiner Begrüßungsansprache auf den Ernst der augenblicklichen politischen Lage, insbesondere auf die schicksalhafte Bedeutung der heutigen Zusammenkunft zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler sowie auf das gerade jetzt besonders notwendige

Zusammenhalten aller freiwillig geeinten Beamten

mit der fortschrittlichen Arbeiter- und Angestelltenenschaft. Auch diese Beamtenorganisation ist, wie aus dem Geschäftsbericht des Verbandsvorsitzenden Böhmert hervorgeht, durch die wirtschaftliche- und innerpolitische Krise an der wirksamen Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder stark gehemmt worden. Die Zeit seit dem letzten Verbandstag vor zwei Jahren war bis jetzt mit Spar- und Notverordnungen reich gesegnet, durch die viele in langen Jahren erzielten Errungenschaften der Beamtenchaft zum Nichtes gemacht worden sind. Wenn es auch hier und dort gelang, einige Härten in den Notverordnungen nachträglich zu mildern, so muß doch im allgemeinen gesagt werden, daß die Bemühungen der Organisation, das fortwährende Abgleiten in der Besetzung zu verhindern, infolge des rein machtpolitischen Rückwärtsturses der Regierungsgewalten erfolglos waren.

Der einzige Lichtblick in der zurückliegenden Zeit war die Einführung der

neuen Dienststrafordnung in Preußen.

deren wichtigste Neuerung ist, daß die Dienststrafgerichte nicht mehr an die Feststellungen in einem vorausgegangenen Urteil der Strafgerichte gebunden sind. Für die Mitgliederwerbung war die Zeit der Spar- und Notverordnungen äußerst ungünstig, da viele Beamte die Organisation für die materiellen Beschlechterungen verantwortlich machten. Auch die Zusammenschlußversuche mit den sog. Splitterorganisationen haben zu keinem Erfolg geführt. Zum Teil hat sich sogar gezeigt, daß trotz gegenteiliger Behauptungen überhaupt kein ernsthafter Verschmelzungswille vorhanden war.

Die Mitglieder des Reichsverbandes haben aber trotz der trüben Zeiten und Erfahrungen den Mut nicht verloren, sondern treten auch in das neue Geschäftsjahr mit dem alten Wahlspruch: **Vorwärts und aufwärts!** Die Aussprache zu dem Geschäftsbericht wurde in durchaus sachlicher Weise der Tätigkeit des Vorstands gerecht.

Die Nazizellen-Richtlinien.

Eine Berichtigung.

Am 20. April erfolgte die erste Veröffentlichung der „Betrieblchen Richtlinien... gegen Betriebsmarginalismus“ in Abschrift. Diese Abschrift, deren Text inzwischen vielfach verbreitet wurde, weist nun an einer Stelle einen Flüchtigkeitsfehler auf, was sich jetzt bei einem Vergleich mit dem Original ergab. Es handelt sich um eine Auslassung an folgender Stelle der Abschrift:

„Die vornehmste Aufgabe der Rationalsozialisten im Betrieb ist der Kampf für unsere Bewegung und die Vernichtung des Feindes. In welcher Gestalt uns der Feind auch gegenübertritt, ob KPD, RSDAP oder die sozialdemokratischen und die sich in ihrem Schlepptau befindlichen halbmarxistischen, sogenannten christlichen Gewerkschaften, automatisch zu den „Christlichen“ übergehen, ist nur aus dem Grunde, um ebenfalls Kämpfer mitten ins feindliche Lager zu schicken.“

Der letzte Satz lautet richtig: „In welcher Gestalt uns der Feind entgegentritt, ob KPD, RSDAP oder die sozialdemokratischen und die in ihrem Schlepptau befindlichen halbmarxistischen christlichen Gewerkschaften, unser Kampf gilt allen diesen Gebilben. Wenn wir auch dem einzelnen Bg. empfehlen, im Falle des Hinawwurfs aus den marg. Gewerkschaften automatisch zu den „Christlichen“ überzugehen, so doch aus dem Grunde, um ebenfalls Kämpfer mitten ins feindliche Lager zu schicken.“ (Die Unterstreichungen rühren von uns her, um die Ergänzung kenntlicher zu machen. D. R.)

Die RSDAP sucht zwar der ihr unangenehmen Veröffentlichung ihrer Betriebszellen-Richtlinien durch Berichtigungen auf Grund § 11 des Pressegesetzes entgegenzuwirken, doch müssen derartige Berichtigungen nicht der Wahrheit entsprechen. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten in den Betrieben werden sich jedenfalls nach diesen Richtlinien richten.

Es geht um die Wurst.

Zum Streit in den Berliner Wurstfabriken.

Der Schlichter hat dem Antrag der Wurstfabrikanten, den Lohnabbauschiedspruch für verbindlich zu erklären, abgelehnt, und zwar heißt es in der schriftlichen Entscheidung des Schlichters, „weil die gesetzlichen Voraussetzungen nicht vorliegen“. Damit dürfte amtlich festgestellt sein, daß die jetzigen Löhne als durchaus tragbar angesehen werden. Das ist ja auch zweifellos der Fall, denn sonst hätte nicht ein erheblicher Teil der Unternehmer die Forderung auf Weiterzahlung der alten Löhne bewilligt. Auch die Firma Otto Sternheimer, Lehrter Straße 27/30, hat diese Forderung bewilligt.

Tariftkampf im Friseurgewerbe.

Berliner Innungen tariffreudlich.

Die 14 Zwangs- und freien Friseurinnungen in Berlin waren noch nie besonders tariffreudlich. Sie wurden jedoch durch die Arbeitszeitverordnung veranlaßt, die ihnen bereits vor dem durch Tarifvertrag zugesandenen Ausnahmen vom Achtstundentag beizubehalten. Heute aber legen sie offenbar selbst auf eine tarifliche Arbeitszeitregelung keinen Wert mehr, da sie glauben, sich auch ohne den über die gesetzliche Arbeitszeitregelung hinweggehen zu können, ohne irgendwelche behördliche Kontrolle oder gar Bestrafungen wegen Uebertretungen der Arbeitszeitverordnungen befürchten zu müssen.

Ihre Weigerung zum Abschluss eines neuen Tarifvertrages begründen die Innungen damit, daß die heute von den Geschäftsinhabern gezahlten Löhne derart niedrig sind, daß sie überhaupt nicht tariflich umschrieben werden können. Anstatt der früheren tariflichen Mindestlohnhöhe von 30, 35 und 40 Mark wöchentlich - für gelehrte Arbeiter, die ihr Handwerkszeug selber stellen und in laubener Wäsche und Kleidung arbeiten müssen - werden Wochenlöhne von 15 bis 30 Mark gezahlt. Für Ausschleißarbeit des Sonnabends werden heute 6 Mark anstatt der früher vereinbarten 15 Mark gezahlt. Teilweise wird überhaupt kein Lohn mehr gezahlt, sondern Prozente von dem Erlös aus der Bedienung der Kunden.

Der größte Teil der Gehilfen ist heute arbeitslos und diese Arbeitslosigkeit wird in jeder Weise ausgenutzt, um die Löhne zu drücken. Dabei schneiden sich die Lohnparer ins eigene Fleisch. Die gegenseitige Schmutzkonkurrenz durch Preisunterbietungen hat einen Grad erreicht, wie er seit Jahrzehnten als überwunden galt. Im Zentrum Berlins laufen jetzt Plakatträger umher, die die „billigen“ Friseurgeschäfte empfehlen sollen. Es fehlen nur noch die früheren 5-Pfennig-Barbiere, die jedoch bald wieder austauschen, wenn es noch eine Weile so weitergeht.

Vierzehn Innungen, aber keine Organisation der selbständigen Friseure in Berlin!

Ein großer Teil der noch beschäftigten Gehilfen schimpft zwar darüber, daß die Friseurfachgruppe im Gesamtverband nichts tue, sucht sich aber weiterhin in seinen Klubs zu vergnügen und phantasiert von einem freien Wochenende, das sich zur Schwarzarbeit eignet, um den schlechten Löhnen aufzuhelfen. Das RSDAP-Grüppchen sucht seine Phrasen bei den Arbeitstufen anzubringen und erzählt ihnen von seinem „Kampfausbruch“.

Gründlichen Wandel in den trostlosen Berufsverhältnissen im Friseurgewerbe könnte nur eine einheitliche Organisation der Selbständigen schaffen und eine starke freigewerkschaftliche Hilfensorganisation im Rahmen des Gesamtverbandes.

SALAMANDER

macht die Mode!

SALAMANDER HEISST: GUTER GESCHMACK UND QUALITÄT



Sein Doppelgänger

Die Geschichte eines Filmstars / Von Iran Keilbul

In dem größten Hotel von Los Angeles stiegen Belloni, der berühmte Filmstar aus Hollywood, und Mabel ab. Sie war die Tochter des Filmdirektors William Glenn. Unter falschem Namen schrieben sie sich in die Gästeliste ein, aber schon der Botschafter, der sie im Lift ins erste Stockwerk hinauf fuhr, erkannte den Herrn. Er hatte ihn zu oft in Großaufnahmen auf der Leinwand gesehen. Die Augen des Botschafters verrieten seine Gedanken; Belloni legte den Finger vor die Lippen: „Wirst du den Mund halten können?“ Der Junge verbeugte sich erregt und schweigend, Belloni steckte ihm eine Dollarnote zu. In seinen Zimmern mit Mabel allein, legte er sich sofort aufs Bett. Er lächelte vor sich in die Luft. Es war um sieben Uhr abends. Er fühlte sich wohl müde wie seit Monaten und Jahren nicht. Die Zeit der Arbeit im Atelier war vorüber, vor ihm lag die Europareise, die ihm den Ruhm der Hauptstädte des alten Erdteils und das Wiedersehen mit seiner Heimat Hamburg bringen sollte.

„Mabel?“ fragte Belloni. Er wollte ihr einen Einfall erzählen, eine Phantasie vom bevorstehenden Empfang in Paris. Er sah die Spitzen der Behörden auf dem Bahnhof versammelt... Mabel antwortete nicht. Wahrscheinlich war sie in ihr Zimmer hinübergewandert und überprüfte noch einmal ihre Toiletten. Ihr Interesse an dem äußeren Eindruck, den sie in Europa machen würde, war echt weiblich — trotzdem fand er es übertrieben. Ja, ja, dachte er weiter, wie bin ich nur zu dieser Millionenerbin gekommen... Wie merkwürdig, mein Leben... Wie ein Film lief die Vergangenheit durch seinen Halbschlaf.

Ein Kahn... eine Geige... ein Aeffchen namens Bessie... Auf dem Kahn, nahe einer Brücke in Hamburg, hatte sein Vater mit Frau und Kind gehaust. Tag für Tag war er mit ihm, dem kleinen Karl, mit seiner Geige und dem Aeffchen an eine bestimmte Straßenecke gezogen. Man überfah von dort aus die Alster. Ungepflegt der Bart, die breite Gestalt in eine uralte Pelzerine gekleidet, in jeder Miene und jedem Ausdruck eigen und original, hatte der Vater mit seinem Geigenpiel immer einen bewundernden Kreis von Zuhörern um sich herum. Aber es war nicht nur das Geigenpiel, und es war auch nicht das Aeffchen, was den Vätern zu einer populären Gestalt in Hamburg gemacht hatte — es war vor allem der kleine Karl, der auf den Händen zu laufen, auf dem Kopf zu stehen und Rad zu schlagen verstand wie ein geborener Artist.

An einem Spätherbstnachmittag entstieg an jener Ecke zwei Herren ihrem Auto. Vermutlich hatten sie schon eine ganze Weile, während neben ihnen der Verkehr durch die Strohe tollte, die Darbietungen des Alten, des Aeffchens und des Jungen mit Entzücken genossen... als sie nun plötzlich mit einem gewaltigen Satz mitten in die Szene sprangen und durch ein paar einwandfreie Luftsprünge den Kreis der Zuschauer erstarren machten. Sie fanden Späß an diesem öffentlichen Varieté, als ob sie ausgelassene Jungen wären — sie machten mit. Einen Augenblick später hatte sie ein Kontorbote erkannt — am vergangenen Sonntag war er mit seiner Freundin in „Sagebiels Stablisement“ gewesen... „Die beiden Forellis!“ schrie er, „hip hip hurra!“ Die Forellis lachten, Vater und Sohn hatten sich bereits an den Geiger gewandt, sie suchten ihn zu einem Entschluß zu bewegen, den der Mann hartnäckigerweise nicht fassen wollte. Unbeirrbar schüttelte er abweisend den Kopf — bis ihm der Vater Forelli eine Banknote hinhielt, die nun endlich den Vater Bellenger veranlaßte, samt Karl und Bessie mit den Artisten ins Auto einzusteigen.

Am Varieté in der Garderobe der Forellis, später in einem benachbarten Restaurant vor einigen Flaschen Wein, hatte Vater Bellenger der Lockung und Versuchung widerstanden, seinen Karl für eine hübsche Summe an die Forelli-Truppe abzugeben. Aber die Summe war hübscher und immer hübscher geworden... und der Wein tat überdies seine leichtsinnige Wirkung. Wer weiß, am nächsten Abend hätte sich der Vater sein Kind vielleicht wieder zurückerobert — wenn nicht bereits in der Frühe des nächsten Morgens die Truppe Forelli Hamburg verlassen hätte. Sie führten den kleinen Karl mit sich in die Neue Welt.

So war Karl Bellenger, später als Belloni bekannt, in die Artistenwelt hineingeraten. Als Jüngling, in der Blüte seiner Leistungen, hatte er bereits seine eigene „Truppe Belloni“. Gleich in seinem ersten Ensemble hatte er Mary lieben gelernt, eine blonde deutsche Artistin, seine bewundernde Partnerin in den gefährlichsten Trapezakten. Es war in San Franzisko gewesen. Aber dann war der Filmdirektor Glenn zu ihm in die Garderobe gekommen und hatte ihn ohne viel Federlesen für die Hauptrolle des Tonfilms „Artistenschicksal“ verpflichtet. Offen hatte Glenn ihm gestanden,

daß Mabel, in der Wochenschau des Tonfilmtheaters dem Musikspiel Bellonis am Trapez mit erregten Sinnen hingegeben, auf den glänzenden Einfall gekommen wäre, aus dem Artisten einen Filmstar zu machen. Belloni hatte den Direktor Glenn angesehen. Mabel? Er dachte an Mary. Am selben Abend noch hatte er Mabel in einer Bar kennengelernt. Und im Anblick ihrer kräftigen, geschmeidigen Gestalt hatte er wieder gedacht: Arme Mary... Die Trennung von ihr war unvermeidlich. Wenige Tage später begannen die Aufnahmen zu dem Film „Artistenschicksal“. Der Name des berühmten Trapezkünstlers bürgte für einen Erfolg. Aber er wurde triumpholer, als Direktor Glenn ihn zu träumen gewagt hatte. Durch die neue und durch die alte Welt nahm der Film seinen Siegeszug. Vermutlich sah ihn Mary, die San Franzisko verlassen hatte, in einem Kino irgendwo in Europa... und mischte sich im Dunkel des Parterres eine heimliche Träne fort.

Wie für jeden, der einmal einen sensationellen Eindruck auf sein Publikum erzielt hat, wurde auch für Belloni die schwindelnde Höhe, auf die er sich geschwungen hatte, zum Problem. Wie sich dort oben halten? Die Hauptsache war für ihn, ein Tonfilmanuskript zu finden, das bereits die Vorbedingungen für einen Erfolg enthielt. Die Manuskripte, auf seinem Schreibtisch gesipelt, bedrückten ihn nicht. Er blätterte in einem Exemplar... und, er weiß selbst nicht, durch welches Wort veranlaßt... versank er in die Vergangenheit, in Träumereien von seiner Kindheit... Der Kahn auf dem Fleet, der Vater, die Mutter... die Straßenecke, das Aeffchen... Halt! Wenn er in seinen Filmen eine Gestalt erschaffen würde, in immer der gleichen Waise verkörpert, eine Gestalt mit wüstem Bart und uralter Pelzerine... Seinen Vater...

Der zweite Tonfilm mit Belloni in der Hauptrolle „Der Straßengeiger“ wurde ein noch größerer Sieg für ihn, als der erste gewesen war. Man nahm ihn jetzt nicht mehr als den emanzipierten Artisten, sondern voll und ganz als den Charakterdarsteller, der seinen Platz in der ersten Reihe zu beanspruchen hat. Niemand mußte, wie Belloni auf die Gestalt des Geigers mit Aeffchen und Kind gekommen war. Sein Bild in dieser Rolle ging über die Erde: Der Vater geigt, ein Aeffchen springt und ein Junge schlägt ein Rad durch die Luft.

Als Belloni mit Mabel in London anlangte, waren die Straßen in der Nähe des Bahnhofs von Menschen voll — es war mehr

Leben als bei der Ankunft eines fremden Königs. Denn die einfachen Leute liebten ihn, weil er in seinen Filmen die einfachen Leute so gut verstand. Ebenförmig wie ihren Huldigungen konnte er sich den Banketten entziehen, welche die Stadt und Verehrer für ihn veranstalteten. Und wollte er sich denn den Ehrungen entziehen? Um sie auszulasten, war er mit Mabel nach Europa gereist. Diese Tage, die ihr ein Uebermaß an Ehren brachten, bedeuteten für sie den Höhepunkt ihres Lebens.

Und wie es in London gewesen war, so wurde es eine Woche später in Paris. Jubelrufe der Menge vor dem Hotel zu seinen Fenstern hinauf. In Berlin erreichte der Enthusiasmus die höchsten Grade. Sie trugen ihn auf den Schultern, er mußte ihnen Ansprachen halten; um einmal ungestört durch die Prachtstraßen gehen zu können, mußte er maskiert das Hotel verlassen, mit goldener Brille und blondem Spitzbart... und so mitten durch die am Hotelausgang lagernde Menge hindurch, die ihn nicht erkannte.

Mit einer Unruhe eigener Art dachte er an Hamburg. Seit zwei Jahrzehnten hatte er seine Eltern nicht gesehen, ab und zu, noch als Artist, hatte er ihnen geschrieben. Wußten sie von seinem Ruhm? Kannten sie ihn überhaupt unter dem neuen Namen? Ja, lebten sie denn noch? Und wenn sie lebten — noch auf dem Kahn? Ja, er hatte sie sehr vernachlässigt, die einmal für ihn gejagt hatten, wie sie's eben vermochten. Er gedachte es wieder gutzumachen, wenn ihr Schicksal ihm noch die Möglichkeit dazu bot.

Gleich am ersten Abend in Hamburg wartete auf Belloni ein großes Bankett in einem der riesigen Hotels an der Alster. Mit einem ganz besonderen Biß gedachte er sich einzuführen — natürlich in der Waise des Straßengeigers, jener Gestalt, die unter den Hamburgern einmal populär gewesen — und nun durch ihn, den Filmdarsteller, erneut berühmt geworden war. Mabel stand unruhig in der Tür, während er noch dabei war, Toilette zu machen; sie war in großer Toilette und fand den Biß Bellonis nicht recht angebracht. Belloni aber behauptete, diesen Späß, den seine Landsleute richtig verstehen würden, sich wohl leisten zu dürfen.

Er ahnte nicht, daß zu der gleichen Zeit ein Mann mit Pelzerine und wildem Bart mit einer Geige und einem Aeffchen durch die Straßen seines Viertels ging, eine Zeitung in der Hand, aus der er sich immer wieder eine Notiz vorlas, die betagte, daß ein Kreis prominenter Gäste den großen Filmstar aus Hollywood in dem größten Hamburger Hotel empfangen wollte. Von der Katharinenkirche schlug es sieben. Das war gerade die Stunde des Empfangs. Vater Bellenger machte große Schritte. Die Jungen und Mädchen liefen hinter ihm her und schrien: „Belloni!“ So kam er an der Petrikirche vorbei und an die Alster; die Leute sahen ihm starr ins Gesicht, blieben stehen und fragten einander: „Das ist ja Belloni als Straßengeiger...?“ Der Portier des Hotels blickte ihm ent-

Hans Weidner:

Traum eines alten Arbeiters

In einer großen Majdnensfabrik hatte ein alter Metallarbeiter, Ein alter Kämpfer und Streiter, Einen merkwürdigen Traum von Glück!

Ich war, als sei er tot und gestorben Und wäre nunmehr sein eigener Sohn. Die ganze Welt war eine Union, Um den Erdbreis lag ein stehendes Band, Woran ein jeder schichtenweise Drei Stunden täglich in Arbeit stand, Und jeder bekam an jedem Ersten Des Monats guten und sicheren Lohn.

Aber plötzlich rief das Megaphon, Der offizielle Betriebslautsprecher, Mit überverstärktem Donnerdon: „Habt acht! Habt acht! Habt acht! Habt acht!“ Vom Wirtschaftsrat der fünf Kontinente Wird folgendes bekanntgemacht:

An alle! Wir haben schon seit Jahren Stets wachsende Produktion, Ein immer schnelleres Tempo des Bandes Und sprunghaft steigende Warenarräte. Und damit droht in Folge davon Eine furchtbare Ueberproduktion Mit unläsbarer Absatzkrise Für die ganze Wirtschaft der Weltunion!

Weshalb der von euch eingefetzte Rat Das folgende Dekret beschloffen, Gütig für alle Volksgenossen Mit Wirkung für den ganzen Staat:

- Punkt 1: Alle Löhne, die bisher bestehen, Sind sofort um 100 Prozent zu erhöhen!
- Punkt 2: Alle Bedarfsartikel und Luxuswaren, Darüber ist sich der Rat im Klaren, Werden sofort um 50 Prozent gesenkt, Damit jeder Mensch seinem Nachbarn etwas schenkt!
- Punkt 3: Arbeiter von 40 Jahren und älter, Unterstützte Mitglieder von Krankenkassen, Werden mit Pension in Höhe der Gehälter Innerhalb von 14 Tagen entlassen!
- Punkt 4: Es wird das laufende Band Zwecks Räumung einmal zurückbewegt Und für die Zeit eines Ruhejahres Bei vollen Löhnen stillgelegt.
- Punkt 5: Bürger wie Parteigenossen, Die diesem Dekret Widerstand leisten, Oder es zu umgehen sich erdreisten, Werden auf der Stelle erschossen!

Habt acht! Habt acht! Habt acht! Habt acht! Vom Wirtschaftsrat der fünf Kontinente Wird folgendes bekanntgemacht...“

Da erwachte der Alte und hob seinen Blick Und sagte zu seinem Vorarbeiter: „Mensch, Paule, das war ein Glück!“ Dann nahm er die Feile und feilte weiter.

Resto

unser Teppich Schlager

Sie werden staunen, einen reinwollenen Teppich in den Größen ca. 160x240 für M. 22.50, 200x300 für M. 36.-, 250x350 für M. 54.- u. 300x400 für M. 73.-, aus den weltbekanntesten Vereinigten Smyrna Teppichfabriken, Cottbus, unter Fabrik-Herstellungspreis kaufen zu können.

Wir stellen dieses ungewöhnliche günstige Angebot in unserem 8 Meter großen Schaufenster Leipziger Straße zur Besichtigung aus.

22⁵⁰

60% bis zu herabgesetzt

Läufer- u. Dekorations-Stoffe
Gardinen-Halbstores angestaubt
Modell-Dekorationen aus eigenen Werkstätten

OTAG LEIPZIGER- ECKE MARKGRAFENSTR.

Soweit Vorrat Mengenabgabe vorbehalten

